



Pet 3-19-04-224-038341

25451 Quickborn

Allgemeine Kulturpflege

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 23.06.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat – als Material zu überweisen.

Begründung

Mit der Petition wird die Errichtung eines Museums des Deutschen Herbstes gefordert mit dem entführten Passagierflugzeug Landshut als zentralem Exponat.

Zur Begründung des Anliegens wird im Wesentlichen vorgetragen, dass die linksextremistische und terroristische Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) durch unzählige Attentate und Morde der damals jungen Bundesrepublik Deutschland erheblichen Schaden zufügen und sie in ihrem Bestehen in Frage stellen haben wolle. Die Zeit zwischen September und Oktober 1977, in der sich auch die Geiselnahme im entführten Flugzeug Landshut ereignet habe, werde heute als Deutscher Herbst bezeichnet und gelte als eine der schwersten Krisen in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Geschehnisse um die, von palästinensischen Terroristen mit Unterstützung der RAF, entführte Landshut hätten die weitere Geschichte der Bundesrepublik und das Fortbestehen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stark geprägt.

Nachdem das Flugzeug zunächst von verschiedenen Fluggesellschaften weiter eingesetzt worden sei, habe die Bundesrepublik die Landshut im Jahr 2017 erworben und von



Brasilien nach Friedrichshafen überführt. Seitdem sei die weitere Verwendung des Flugzeugs ungeklärt. Es gebe Pläne für eine Ausstellung der Landshut auf dem Gelände des Militärhistorischen Museums auf dem Flugplatz Berlin-Gatow. Die damaligen Ereignisse wiesen jedoch keinen Bezug zur Bundeswehr auf, weshalb die Ausstellung des historischen zivilen Flugzeugs an einem anderen Ort vorzugswürdig sei. Als Standort komme beispielsweise das Gebiet des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin in Betracht, wo die Landshut museumsgerecht im Rahmen einer Dauerausstellung über den Deutschen Herbst ausgestellt werden könne. Diese Zeit dürfe nicht vergessen und den damaligen Ereignissen müsse in angemessener Weise Rechnung getragen werden. Zu den weiteren Einzelheiten des Vorbringens wird auf die Petition verwiesen.

Die Eingabe wurde von einem Betroffenen der Geiselnahme auf Anregung einer ehemaligen Stewardess der Landshut eingereicht.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Der Petition schlossen sich 1.227 Mitzeichnende an und es gingen 52 Diskussionsbeiträge ein. Weitere 456 Personen unterstützten das Anliegen der Petition auf dem Postweg.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs mit dieser Petition einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen wurden. Es wird um Verständnis gebeten, dass möglicherweise nicht alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen dargestellt werden.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:



Der Deutsche Bundestag ist sich wie auch die Bundesregierung der außerordentlichen Bedeutung der Vorkommnisse um das Passagierflugzeug Landshut im Oktober 1977 – von dessen Entführung über die Geiselnahme der Passagiere und Besatzungsmitglieder bis hin zur letztlichen Befreiung der Geiseln durch die GSG-9 – für die gesamtdeutsche Geschichte bewusst. Eine konsequente historische Aufarbeitung des RAF-Terrors, als dessen Höhepunkt die Entführung der Landshut während des sog. Deutschen Herbstes zweifelsohne angesehen werden kann, aber auch ein angemessenes Gedenken an die zahlreichen Opfer und Betroffenen der terroristischen Gewalttaten ist nicht nur opportun, sondern geradezu notwendig. Insoweit unterstützen sowohl der Deutsche Bundestag als auch die Bundesregierung Maßnahmen und Konzepte, durch die einerseits Ursachen und Wirkungen des RAF-Terrors eingehend untersucht, anschaulich dargestellt und dadurch allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden, andererseits aber auch die wichtige Frage nach den daraus zu ziehenden Lehren für die Zukunft gestellt wird. Vor diesem Hintergrund war auch im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode zwischen den Regierungsparteien bereits vereinbart worden, Mittel für eine Ausstellung der Landshut im Gedenken an deren Entführung und Befreiung im Jahr 1977 bereit zu stellen. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Erläuterungen lässt sich zu dem konkreten Anliegen der Petition – die Ausstellung der Landshut als zentrales Exponat eines Museums des Deutschen Herbstes betreffend – Folgendes bemerken:

Die Bundesregierung hat darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche im Jahr 2017 getroffene Entscheidung, das Flugzeug Landshut zu erwerben, die Maschine von Brasilien nach Deutschland zurückzuführen und diese am Standort Friedrichshafen im dortigen Dornier Museum auszustellen, auf den damaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel zurückging. Die BKM habe im Sommer 2018 letztlich ihre Bereitschaft erklärt, die museale Präsentation des Flugzeugs in Deutschland zu unterstützen. Die Dornier Stiftung für Luft- und Raumfahrt habe damals die dauerhafte museale Ausstellung der Landshut in Friedrichshafen sicherstellen wollen.



Nach Auskunft der Bundesregierung sei jedoch nach einer Vielzahl von Gesprächen und im Zuge der Arbeiten für ein dortiges Ausstellungskonzept deutlich geworden, dass eine dauerhafte Ausstellung der Landshut im Dornier Museum Friedrichshafen nicht umsetzbar ist. Diese Einschätzung sei zwischenzeitlich auch seitens des Museums selbst bestätigt worden. Vor diesem Hintergrund habe die BKM bereits eine intensive Prüfung alternativer Standorte in Deutschland vorgenommen und in diesem Zusammenhang auch zahlreiche konkrete Gespräche zu den ermittelten möglichen Standorten geführt.

Zu dem mit der Petition explizit angesprochenen Standort des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin führt die Bundesregierung aus, dass auch eine dortige Realisierung des Ausstellungsprojekts bereits eingehend geprüft worden sei. Nach Auffassung der Bundesregierung steht einer Ausstellung der Landshut an diesem Standort jedoch entgegen, dass es aufgrund mehrerer Faktoren der notwendigen belastbaren Einschätzung darüber, ob und gegebenenfalls wann eine Umsetzung des Projektes dort überhaupt möglich ist, auf unabsehbare Zeit ermangelt. Dies sei zum einen auf die Eigentumslage zurückzuführen, denn das betreffende Gelände stehe im Eigentum des Landes Berlin. Zum anderen sei aber auch die nicht absehbare Dauer der Erstellung eines vom Land Berlin beauftragten Nutzungskonzepts sowie der sich anschließenden Sanierungsarbeiten zu berücksichtigen.

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 26. November 2020 mit dem Bundeshaushalt 2021 Mittel für die Umsetzung des Ausstellungskonzepts zur Landshut in Friedrichshafen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) bereit gestellt hat. Der Deutsche Bundestag hat in seiner 200. Sitzung am 11. Dezember 2020 das Haushaltsgesetz 2021 in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung beschlossen. In Anbetracht dessen ergibt sich für die Standortwahl eine neue Ausgangslage.

Der Petitionsausschuss unterstützt das mit der Petition vorgebrachte Anliegen hinsichtlich einer Ausstellung des historisch bedeutsamen Flugzeugs Landshut im



Rahmen eines umfassenden musealen Konzepts zum sog. Deutschen Herbst. Er bedauert vor diesem Hintergrund die zeitlichen Verzögerungen, die sich in der Vergangenheit bei der Standortsuche und Entwicklung eines passenden Ausstellungskonzepts ergeben haben. Der Ausschuss hat Verständnis für den Wunsch der von der Geiselnahme in der Landshut Betroffenen nach einer angemessenen, auch öffentlichen, Würdigung der damaligen Vorkommnisse und nach der Schaffung eines den Geschehnissen würdigen Gedenkortes. Gleichzeitig unterstreicht er ausdrücklich die Bedeutung einer derartigen Ausstellung für die weiterhin erforderliche historische Aufarbeitung des RAF-Terrors, die politisch-gesellschaftliche Sensibilisierung aller Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich Ursachen und Wirkungen von Extremismus und Gewalt sowie als Symbol für die Notwendigkeit eines konsequenten Eintretens für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Der Ausschuss hält die vorliegende Eingabe für geeignet, in den nunmehr seitens des BMI anzustellenden Überlegungen und politischen Entscheidungsprozessen hinsichtlich des konkreten Ausstellungskonzepts zur Landshut berücksichtigt zu werden. Vor diesem Hintergrund und um zu erreichen, dass die Eingabe in die diesbezüglichen Diskussionen und Initiativen einbezogen wird, empfiehlt der Ausschuss daher, die Petition der Bundesregierung – dem BMI – als Material zu überweisen.